

An die Mitglieder im Familienausschuss der Hamburger Bürgerschaft

In der ersten Sitzung des Familie-, Kinder- und Jugendausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft in der aktuellen Legislatur hat die CDU-Fraktion den Vorschlag zur Durchführung einer Öffentlichen Anhörung der Jugendhilfe im Rahmen des Fachausschusses eingebracht. In der nächsten Sitzung des Fachausschusses am 10. Oktober 2025 soll dieser Vorschlag auf der Grundlage eines schriftlichen Antrages abgestimmt werden. Das Netzwerk „Tu was, Hamburg!“ unterstützt eine solche öffentliche Anhörung und fordert alle Fachabgeordneten des Fachausschusses dazu auf, sich dafür einzusetzen.

Wir gehen davon aus, dass die Anhörung auf Interesse und Beteiligung in der Stadt stoßen wird und befürworten deswegen, dass ein sehr großer Saal im Rathaus zur Verfügung gestellt wird. Zur Sicherung der Ergebnisse schlagen wir die Erstellung eines Wortprotokolls vor. Eine nachfolgende Durchführung einer Expert:innen-Anhörung findet ebenfalls unsere Zustimmung. Sie ersetzt aber in keinem Fall eine öffentliche Anhörung.

Zur Begründung des Vorschlages:

Die Beschäftigten in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe arbeiten aus verschiedenen Gründen am Limit und u.a. eine vielfach unzureichende Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe sorgt dafür, dass sie ihren gesetzlichen Auftrag aus **SGB VIII §1¹** (siehe unten) kaum noch erfüllen kann.

Bei diesem gesetzlichen Auftrag handelt es sich jedoch nicht um ein Nice-to-have, sondern um eine verpflichtende gesetzliche Grundlage, deren Nicht-Erfüllung sich auch schädlich auf den Schutz und die Rechte von Kindern und Jugendlichen auswirkt. Gleichzeitig gibt es in allen Bereichen der Jugendhilfe viele Fachkräfte, die engagiert an der Entwicklung und Realisierung von Innovationen und Alternativen arbeiten.

Der Familienausschuss hat sich am 20.6.24 in einer Öffentlichen Anhörung mit der Lage der Beschäftigten und dem Fachkräftemangel in den Kitas beschäftigt. Das haben wir als positives Signal wahrgenommen. Sowohl Kitas, als auch Jugendarbeit/Jugendbildung und Jugendhilfe im engeren Sinne basieren aber auf dem Sozialgesetzbuch VIII und bilden ein ineinander greifendes System. Daher fordern wir eine weitere öffentliche Anhörung, bei der sowohl Beschäftigte der weiteren Bereiche der Jugendhilfe als auch die Nutzer:innen und Adressat:innen als Expert:innen in eigener Sache gemeinsam zu Wort kommen.

¹ **SGB VIII § 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe**

(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. [...]

(3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere

1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,
2. jungen Menschen ermöglichen oder erleichtern, entsprechend ihrem Alter und ihrer individuellen Fähigkeiten in allen sie betreffenden Lebensbereichen selbstbestimmt zu interagieren und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können,
3. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,
4. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,
5. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Damit Schritte zu einer Verbesserung der Lage eingeleitet werden können, ist es dringend nötig, dass die Abgeordneten und die interessierte Öffentlichkeit durch den Vortrag von Aktiven in verschiedenen sozialen Einrichtungen einen direkten Eindruck von der aktuellen Lage sowie Veränderungsbedarfen, Ideen und Alternativen erhalten, denn Kinderrechte und Kinderschutz fangen nicht erst bei einer Inobhutnahme an!

Bei der Öffentlichen Anhörung geht es nach Auffassung des Netzwerkes also nicht nur darum, sich über die aktuelle Lage der Jugendhilfe in Hamburg einen Überblick zu verschaffen, sondern auch um die Vorstellung von Alternativen, partizipativer Jugendhilfeplanung und die Finanzierung von Selbstorganisation, welche gesetzlich verankert ist, aber in der Umsetzung nicht ausreichend erfolgt (siehe u.a. § 4a SGB VIII).

Wir stehen gerne für Gespräche im Voraus bereit!

Kontakt für das Netzwerk:

- **Fabienne von Hohenthal (Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg)**
Telefon: 040-434272 E-Mail: info@vkjhh.de
- **Ronald Prieß (AK Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft)**
Tel.040-22626163 E-Mail: ronald_priess@postersatz.net
- **Elke Wolfram: (Vorstand FG Erziehung, Bildung und Soziale Arbeit (EBSA), verdi Hamburg)**
Mobil 0176-56618753, E-Mail: elke.wolfram@web.de

Zum Bündnis Tu, was Hamburg!

Wir sind ein Bündnis aus Aktiven in der Straßensozialarbeit, Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, aus Kita, Stadtteilgenossenschaft, Beratungsstellen, aus der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen, Selbstorganisationen junger Menschen sowie Vertreter*innen aus Wissenschaft, Verbänden und Initiativen. Wir legen viel Wert auf Kooperation und echte Sozialraumorientierung.

Es geht uns sowohl darum, die vielfältige Jugendhilfelandchaft und Problemlagen und ihre Ursachen sichtbar zu machen, als auch darum, Alternativen zu entwickeln. Dazu gehören etwa Sozialgenossenschaften, in denen sich auf Unterstützung Angewiesene gemeinsam mit Fachkräften und anderen Bewohner*innen der Stadtteile organisieren sowie Kooperationsverbünde und Arbeitsgemeinschaften.

In unserer Diskussion geht es auch um Entwicklung eines gemeinsamen Berufsverständnis, bei der die fachliche Haltung bei knappem Mitteleinsatz nicht auf der Strecke bleiben darf. In Zeiten, in denen viele Stellen unbesetzt bleiben und die Fluktuation auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen sehr hoch ist, muss es auch eine vorausschauende Personalplanung geben.

In diesem Sinne haben wir bisher zwei Kinder- und Jugendhilfegipfel – am 3.5.2024 an der HAW und am 4.4.2025 in der Patriotischen Gesellschaft – mit mehreren Hundert Teilnehmer:innen organisiert. (Sie wurden aufgezeichnet und können unter <https://tu-was-hamburg.de> abgerufen werden.)

Ein aktuelles Ergebnis unserer Arbeit ist auch das mit der Fachbehörde verhandelte Angebot „Wohnungen für Straßenkinder“, mit dem darauf gezielt wird, einen nennenswerten Beitrag zur Beseitigung von Obdachlosigkeit von jungen Menschen zu leisten. (Hierzu hat es eine gemeinsame Veranstaltung von „Tu Was, Hamburg!“, der Evangelischen Hochschule und der Fachbehörde gegeben. Fachsprecher*innen der SPD, der Grünen und der Linken waren anwesend. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und die Fachbeiträge sind hier einsehbar: <https://tu-was-hamburg.de/?p=483>)